

# Nur jeder Hundertste hat unterschrieben

## Mobilfunk-Volksbegehren mit Anlaufschwierigkeiten / Schaidinger spricht von Mogelpackung

VON THOMAS RIEKE, MZ

REGENSBURG. Fast die Hälfte der Zeit, in der man sich für das Volksbegehren „Gesundheitsvorsorge beim Mobilfunk“ eintragen kann, ist bereits abgelaufen, und die Zwischenbilanz fällt dürrtig aus: Bis gestern, 17 Uhr, hatten in Regensburg erst 1277 Stimmberechtigte, das sind 1,32 Prozent, ihre Unterschrift geleistet.

Zum Beginn der Eintragsfrist am Dienstag vergangener Woche hatte Koordinator Benedikt Suttner von der ÖDP große Zuversicht versprüht. Mit gehobenem Daumen „funkte“ er dem Fotografen: Wir schaffen die Zehn-Prozent-Hürde, und wenn's in Regensburg nicht ganz reicht, dann wenigstens bayernweit.

Auch jetzt lässt Suttner den Mut nicht sinken und bietet für heute Nachmittag einen Riksha-Dienst



Hier strahlten die Unterstützer noch Zuversicht aus. Foto: Rieke

vom Neupfarr- zum Dachauplatz an. „Die langen Wege zu den Lokalen, wo man sich eintragen kann, sind in Regensburg ein Problem.“ Auch ÖDP-Stadtrat-Joachim Graf gibt sich weiter Mühe, Optimismus auszustrahlen: „Bei unserem Begehren gegen den Bayerischen Senat hatten wir hier in der Stadt am Ende auch nur rund 8,5 Prozent. Das Land hat uns aber rausgerissen, und so könnte es auch jetzt wieder sein. Auf die letzten Tage wird es ankommen.“

Unterdessen hat OB Hans Schaidinger in seiner Funktion als Vorsitzender des Bayerischen Städtetags die Aktion von ÖDP und Freien Wählern als „Mogelpackung“ deklariert. Die Organisatoren des Volksbegehrens fordern eine generelle Baugenehmigungspflicht für Mobilfunksendeanlagen. Kommunen könnten im Zuge des Verfahrens mit Hilfe unabhängiger Sachverständiger unproblematische Standorte ausfindig machen.

Doch Schaidinger sieht für die Ge-

meinden keinen Spielraum. Würden die relevanten Vorschriften, insbesondere die Grenzwerte, eingehalten, müsse das gemeindliche Einvernehmen erteilt werden. Würde die Genehmigung verweigert, hätte ein Widerspruch Erfolg. Unter Umständen drohten sogar Schadenersatzforderungen. Schaidinger: „Wir nehmen die Sorgen der Bürger ernst. Aber statt einer zwecklosen Änderung der Bauordnung halten wir eine intensivere Forschung über die Auswirkungen des Mobilfunks auf den menschlichen Körper für zielführender.“

Über die Pressestelle der Stadt ließ der OB ferner verlauten, er kenne keinen einzigen Bürgermeister, der dieses Volksbegehren unterstütze. Dabei haben die Initiatoren des Begehrens damit geworben, dass sie sich der Rückendeckung von nicht weniger als 115 Gemeindeoberhäuptern sicher seien. Wer Lust hat, das Bürgerbegehren doch noch zu unterstützen, hat dazu bis 18. Juli Gelegenheit.